



## Erhard Grundl

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-79006

Fax: +49 30 227-70009

E-Mail : [erhard.grundl@bundestag.de](mailto:erhard.grundl@bundestag.de)

07.06.2021

### Pressemitteilung

## Dramatische Umsatzeinbrüche in der Kultur: Grütters und Scholz ohne wirksame Strategie

70% Umsatzeinbrüche in den darstellenden Künsten, 60% in der Musikwirtschaft: [Der Bericht des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags](#) bestätigt erneut: Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine der am härtesten von der Corona-Pandemie getroffenen Branchen. Die Kultur- und Kreativwirtschaft habe durch die „Pandemie signifikante finanzielle Verluste erlitten, die durch die sehr vielfältigen Förder- und Hilfsprogramme auf Bundes- und Landesebene nur ansatzweise kompensiert werden konnten“, so der Bericht zusammenfassend.

*Dazu Erhard Grundl MdB, Sprecher für Kulturpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:*

Der Bericht ist ein weiterer Warnschuss vor den Bug der Bundesregierung, die das bisherige Chaos bei den Corona-Hilfen für die Kultur- und Kreativwirtschaft zu verantworten hat. Das beständige Selbstlob der Beauftragten für Kultur und Medien, Prof. Monika Grütters kann nicht über die Zahlen hinwegtäuschen. Aber besonders die monatelange Untätigkeit und das offensichtliche Nicht-Verstehen der Abläufe durch den Bundesfinanzminister Olaf Scholz verschärfen die Lage vieler Betroffenen zusätzlich.

Hilfen kamen nicht passgenau an; lange angekündigte Sonderfonds wurden zu spät aufgesetzt und greifen zu kurz; es wird zugelassen, dass Betroffene jetzt als Betrüger\*innen juristisch verfolgt werden; Modalitäten wurden über Nacht geändert ... Man kann den Eindruck gewinnen, dass gar nicht schnell, effektiv und vor allem einheitlich geholfen werden soll.

Die Zahlen des Berichts zeigen, dass eine stark gebeutelte Branche nur langsam – wenn überhaupt – aus der Krise kommen wird. Es braucht jetzt eine umfassende und nachhaltige Hilfsstrategie, die die dramatischen Umsatzeinbrüchen auffängt und zukunftsorientierte Maßnahmen ergreift. Fachpersonal darf nicht abwandern. Kommunen dürfen in der Zukunft nicht an Kultur sparen müssen. Die Menschen in der Kulturbranche brauchen eine Perspektive. Und da reicht auch kein weiterer bürokratischer Sonderfonds für Kultur des Finanzministers, der sechs Monate zu spät kommt. Es braucht ein Existenzgeld für Kreative, einen Schutzfonds für alle Ausfälle und für die Post-Corona-Zeit eine Wiederaufbau-Strategie. Denn was sind alle „Überbrückungen“ wert, die die Branche durch die Krise bringen sollten, wenn sie danach allein gelassen werden? Nichts!